

Emanzipatorische Arbeitspolitik – Aktuelle Gewerkschaftspolitik

Jahrestreffen 2017 – 6./7. Mai

S seit mehr als zehn Jahren treffen sich an Arbeitspolitik, gewerkschaftlicher Politik und der arbeits-, sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen Verarbeitung von Entwicklungen in der Arbeit und den Arbeitsbeziehungen Interessierte aus verschiedenen Bundesländern einmal im Jahr für zwei halbe Tage, um außerhalb des politischen und gewerkschaftlichen Alltagsgeschäfts und seinen Zwängen über aktuelle und strukturelle Gegenstände zu beraten. Die Treffen verfolgen ausdrücklich nicht das Ziel, Orientierungen oder Positionen für die operative Arbeit der Beteiligten zu erarbeiten oder einen Vereinheitlichungsprozess zu befördern, sondern dienen ausschließlich dem freien Austausch und der Selbstvergewisserung. Der gemeinsame gewissermaßen programmatische Ansatz ist die Zielstellung einer emanzipatorischen Arbeitspolitik. Die in dieser Beilage versammelten Beiträge verarbeiten Themen, die neben anderen auf der diesjährigen Tagung besprochen wurden, die in den Räumlichkeiten des IG-Metall-Bildungszentrums in Sprockhövel stattgefunden hat. Ein nächstes Treffen ist für Ende April, Anfang Mai 2018 geplant. Interessierte können sich an die Redaktion wenden; siehe Impressum.

Inhalt

Welthandel, Freihandel, Brexit, Trump ... Von RÜDIGER LÖTZER	1
Didier Eribons Rückkehr nach Reims. Von BRUNO ROCKER	4
Mindestlöhne und EGB-Mindestlohnkampagne. Von ROLF GEHRING	5
Für eine progressive Industriepolitik in der EU. Vom ROLAND KULKE	9

Welthandel, Freihandel, Brexit, Trump ...

Eine der ersten Amtshandlungen von US-Präsident Donald Trump war die Suspendierung des transpazifischen Freihandelsabkommens TPP. Das parallel dazu von den USA und der EU angestrebte transatlantische Abkommen TTIP ist ebenfalls praktisch tot. Vertreter der neuen US-Regierung wiederholen immer wieder, dass ihre erste Priorität die Verringerung des US-Außenhandelsdefizits von zuletzt über 730 Milliarden US-Dollar ist. Auch der Brexit wirft seine Schatten voraus. Es drohen wirtschaftliche Verwerfungen zwischen der EU und Großbritannien mit ungewissem Ausgang. In Frankreich sprach der linke Präsidentschaftskandidat Mélenchon vom

„solidarischen Protektionismus“. Der neue französische Präsident Macron wünscht von der deutschen Bundesregierung ebenso wie viele andere in der Welt (darunter so bedeutende Organisationen wie die OECD und der IWF) energische Schritte zu einer Verringerung des deutschen Exportüberschusses.

Unter diesen Bedingungen über so große Themen wie Globalisierung, Welthandel, Freihandel usw. zu diskutieren, war auf dem Treffen in Sprockhövel nur in Thesenform möglich. Wir begannen mit einem aktuellen Dokument, das die IG Metall am 5. Mai auf ihrer Internet-Seite veröffentlicht hatte. Hier Auszüge daraus.

DGB-Konferenz über neue Wege der Globalisierung. Der grenzenlose Markt ist enttarnt

5.5.2017 Die Globalisierung hat ihr Versprechen von mehr Wohlstand für alle nicht eingelöst. Auf einer gemeinsamen Konferenz diskutierten IG Metall, DGB, Kirchen und Umweltverbände Alternativen zum grenzenlosen Freihandel mit dem angesehenen Wirtschaftsprofessor Dani Rodrik aus Harvard.

Herr Rodrik, Sie kritisieren die Verwerfungen, die die Globalisierung hervorgebracht hat. Das Argument, dass sie vielen Wohlstand bringen würde, hulte viele lange Zeit ein.

Rodrik: Die Globalisierung ist nicht zu stoppen, das mal vorneweg. Ursprünglich ging es nur darum, Gewinne zu steigern und die Transaktionskosten der Unternehmen zu senken. Diese grenzenlose Globalisierung, ich nenne sie auch Hyperglobalisierung, hat jedoch viele Menschen in Armut gestürzt und gravierende Umweltschäden verschärft.

Die positive Perzeption von Globalisierung weicht einer kritischeren Sicht, wie sie die Gewerkschaften von Anfang an vertreten haben.

Ja, die Menschen sind skeptischer geworden. Es gibt Fehlschläge auf nationaler Ebene. Diejenigen, die in großer Blauäugigkeit meinten, der Markt werde alles richten, sehen sich eines Besseren belehrt.

Sie fordern mehr Demokratie statt mehr Weltmarkt. Die Art wie Handelsverträge für eine globalisierte Welt ausgehandelt werden, hat viele Menschen auf die Straße getrieben.

Völlig zu Recht. Diese Geheimniskrämerei darf sich nicht

mehr wiederholen. Vielmehr geht es darum, künftig alle Interessensgruppen, demokratisch zu beteiligen, wie das die Gewerkschaften fordern.

Sie haben den Begriff des „Trilemmas“ der Globalisierung geprägt, also eine Art Zwickmühle aus drei Teilen. Was verbirgt sich genau dahinter?

Ich forsche zum Verhältnis von Markt, Staat und Demokratie. Offene Märkte, staatliche Souveränität und Demokratie harmonieren nicht miteinander. Politiker müssen sich zwischen dem freien Markt und den Forderungen der Bürger entscheiden. Staaten oder Staatengruppen wie die Europäische Union sollten mehr Rechte haben, um offene Märkte bei Bedarf einzuschränken und sich dem Druck von Seiten der Unternehmen wieder setzen zu können. (...)

Wie sieht für Sie ein faires Wirtschafts- und Handelsmodell aus?

Die Märkte müssen Teil der Lösung sein. Um das Trilemma aufzulösen, brauchen wir eine neue Balance aus Freihandel und Gestaltungsmöglichkeiten von Regierungen. Es ist wichtig den Bürgern zu vermitteln, dass niemand zurückgelassen ▶

► wird. In dem Zusammenhang ist es wichtig, den Sozialvertrag wieder aufleben lassen.

Das deckt sich mit den Forderungen der Gewerkschaften. Der Staat muss die Befürworteten der Globalisierung auffangen, also beispielsweise, wenn ein Strukturwandel in einer Branche Arbeitsplätze kostet. Staatliche Hilfen sind sinnvoll, wenn Gruppen von Menschen, die im Zug der Einbindung eines Landes in die Weltwirtschaft ihre Beschäftigung verlieren. (...) *Die Gewerkschaften fordern eine Einhaltung der Kernarbeitsnormen, eine Stärkung der ILO. Sie kritisieren, dass still und heimlich an 20 größeren und kleineren Handelsabkommen verhandelt wird, ohne dass die Öffentlichkeit*

davon Kenntnis hat.

Wir sollten Handelsabkommen nicht überladen, das hat nie funktioniert. Ich bin auch für die Durchsetzung von besseren Arbeitsbedingungen und für eine Stärkung der ILO, aber nicht im Rahmen von Handelsabkommen.

Welche Perspektive hat Europa in diesem Zusammenhang? Ein wesentlicher Fehler der EU war, die soziale Dimension zu vernachlässigen. Man hätte die wirtschaftliche Integration langsamer vorantreiben sollen. Jetzt ist es ja so: Die Wirtschaft ist europäisch, aber die Politik immer noch national. Dieses Ungleichgewicht ist die Ursache der europäischen Krise und hat die Demokratie ausgehöhlt. (...)

Dani Rodrik (Cambridge, Massachusetts), lehrt International Political Economy an der John F. Kennedy School of Government der Harvard University. Rodrik ist Autor von „The Globalization Paradox: Democracy and the Future of the World Economy“. Er forscht zur Politischen Ökonomie westlicher Demokratien und Wachstum in Entwicklungsländern. Seine Ausgangsthese: Die Globalisierung hat auch Verlierer hervorgebracht und zu stärkerer Ungleichheit in den Industriestaaten beigetragen. Er plädiert dafür, sich in Handelsabkommen auf die Rückgewinnung politischer Gestaltungsmöglichkeiten zu konzentrieren („exchange of policy space“ im Gegensatz zu „exchange of market access“).

Theoretische Prämissen

Die Diskussion in der IG Metall und anderswo hat ihre Theoretiker und Grundlagen, die sich klar für Freihandels und gegen Protektionismus in hochentwickelten Industriestaaten aussprechen. Das beginnt mit David Ricardo, der sich bereits Anfang des 19. Jahrhunderts für Freihandels ausgesprochen hatte, damals vor allem in der Diskussion um den Import und Export von agrarischen Produkten. Güter des sog. Primärsektors (Bergbau, Landwirtschaft) gelten seitdem in der Theorie des internationalen Handels als sog. „Ricardo-Güter“. Das geht weiter mit Prof. Alfred Weber, Bruder von Max Weber, Linksliberaler, Antifaschist und nach dem Zweiten Weltkrieg aktiver Gegner des Nato-Beitritts und der Atombewaffnung der Bundeswehr und ebenfalls strikter Verfechter des Freihandels. Dessen kurz nach dem Ersten Weltkrieg erschienenen Schriften zur industriellen Standortlehre wurde auch von den russischen Bolschewiki (Lenin, Varga) übersetzt und für den industriellen Aufbau in der Sowjetunion nutzbar gemacht, was in der aktuellen linken Diskussion weitgehend vergessen ist. Schließlich sind da die beiden schwedischen Professoren Eli Heckscher und Bertil Ohlin, die nach den desaströsen Erfahrungen des Protektionismus in der Weltwirtschaftskrise der 1930er Jahre ebenfalls vehement für Freihandels und mehr internationale Arbeitsteilung plädierten und deren Beitrag zur Welthandelsdiskussion unter dem Stichwort „Heckscher-Ohlin-Güter“ (gemeint sind industrielle Güter) noch heute fortwirkt. Alle internationalen Handelsdiskussionen und Organisationen wie das GATT, die WTO, Weltbank usw. beziehen sich auf diese Theorien. Ein Rückfall in Protektionismus wird von allen, die sich auf diese „Klassiker“ der Ökonomie berufen, zu Recht als falsch, ja extrem schädlich eingestuft.

Wachsende Kritik

Trotzdem ist unbestritten: die Kritik am Freihandels nimmt zu. Nicht nur wegen der vordemokratischen Geheimhaltung, die nach Art der feudalen Kabinettpolitik bei Verhandlungsprozessen wie TTIP, CETA usw. betrieben wird. Der Europäische Gerichtshof hat kürzlich auch eingegriffen und deutlich gemacht, dass neuerdings in Abkommen keineswegs nur Fragen des „Freihandels“, also Zölle u.ä. beraten und neu geregelt werden sollen, sondern vielfach auch Themen wie etwas Gerichtsbarkeit für Unternehmen, soziale Standards, öffentliche Dienste usw., die mit „Handelsfragen“ nur extrem vermittelt zu tun haben. In der Fachdiskussion werden solche Abkommen deshalb auch als „Abkommen neuen Typs“ beschrieben. Der EUGH entschied deshalb, dass ein vermeintliches „Handelsabkommen“ der EU mit Singapur der Zustimmung aller

EU-Mitgliedsstaaten bedarf, weil dort u.a. Sondergerichte für ausländische Unternehmen (die international umstrittenen sog. „Schiedsgerichte“) eingeführt werden sollen und damit ein Eingriff in die Justiz aller EU-Staaten erfolgt, den die Kommission nicht allein entscheiden darf. Das gleiche Thema war vorher schon in der politischen Diskussion um CETA, TTIP usw. aufgetreten, wurde aber von der EU-Kommission hartnäckig ignoriert. Schließlich nimmt die Kritik an solchen Abkommen wie CETA, TTIP usw. zu, weil sie unübersehbar, zum Teil auch offen ausgesprochen, sich auch und vielleicht sogar vorrangig gegen nicht an diesen Verhandlungen beteiligte Staaten richten – im Fall TTIP u.a. gegen sämtliche BRIC-Staaten, also China, Russland, Indien und Brasilien.

Wir haben uns deshalb in unserer Diskussion gefragt: was könnte eine Erklärung für dieses starke und tiefe Unbehagen in der Bevölkerung beim Thema Freihandels sein? Dazu zwei Schaubilder.

Das erste Schaubild ① ist aus der DGB-Zeitschrift „Klar-Text“ vom 13. April 2017 und zeigt eine globale Verteilung der „Einkommensgewinne“ und „-verluste“ in den letzten 20 Jahren. Erstellt ist das Schaubild auf Basis von Daten des Weltbank-Ökonomen Branco Milanovic. „Wikipedia“ schreibt über ihn: „Milanović studierte Ökonomie in Belgrad und wurde 1987 mit einer Dissertation über die soziale Ungleichheit im kommunistischen Jugoslawien promoviert. Milanović arbeitete zwanzig Jahre als Ökonom und Chefökonom in der Forschungsabteilung der Weltbank. Sein Forschungsschwerpunkt ist die soziale Ungleichheit. Er ... arbeitet seit 2014 als Dozent am City University of New York Graduate Center. Milanović erhielt 2016 den Bruno-Kreisky-Preis für das politische Buch.“ Das Schaubild zeigt: Gewinner der Globalisierung in den letzten Jahrzehnten sind die Menschen in Regionen der sog. „Dritten Welt“ (Indien, China, Russland, Brasilien usw.) und – nicht verwunderlich – die Mehrheit der Menschen in hochentwickelten Industriestaaten, dort insbesondere die ganz Reichen. Es gibt aber auch Verlierer – und das sind, wenn diese Daten stimmen, un- und angelernte Beschäftigte in den OECD-Staaten.

Dazu passt das zweite Schaubild ②, das Anfang April Thema einer Beratung im IG Metall-Vorstand war.

Es zeigt die Reallohnverluste und – gewinne der abhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik in den letzten 20 Jahren. Auch hier ist das Bild mit dem von Prof. Milanovic vergleichbar: Die im Gesamtvergleich höheren Entgeltgruppen haben gewonnen, die niedrigen verloren. Wobei man anmerken muss: Im 7. Dezil beginnen etwa die untersten Entgeltgruppen der IG Metall in der Metall- und Elektroindustrie. Verlierer

sind also die Beschäftigten in nicht tarifgebundenen Industriebetrieben, in großen Bereichen des Dienstleistungsgewerbes, in Bereichen wie Landwirtschaft, teilweise im Handwerk, in der Pflege, im Hotel und Gaststättengewerbe, in der Logistik, in großen Bereichen des privaten und zum Teil auch des öffentlichen Dienstleistungsbereichs – ganz zu schweigen von Leiharbeit, Sicherheitsgewerbe usw. Das sind alles Beschäftigtengruppen, die oft wenig gewerkschaftlich organisiert sind, die keinen oder selten einen Betriebsrat haben, keine Tarifbindung usw. – also Beschäftigte, die die Gewerkschaften nur wenig erreichen, in denen gewerkschaftliche Politik wenig Kraft entfaltet und deshalb auch nur wenig gestalten kann.

Kein Wunder bei dieser Entwicklung, dass das Missvergnügen, um es mal ganz vorsichtig zu formulieren, zunimmt. Viele Menschen fühlen sich dauerhaft „abgehängt“ von allen Aussichten auf ein gutes Leben, von den Versprechungen des „wachsenden Wohlstands“, des „Aufstiegs durch Bildung“ usw. Der Begriff „Solidarität“ erodiert in der Wahrnehmung der Menschen hierzulande. Das ist alarmierend für die Gewerkschaften und für Linke, hier besteht erheblicher Handlungsbedarf. Auch das ist eine Folge der Globalisierung.

Viertens, und auch da sind wir beim Thema Handlungsbedarf, befassen wir uns mit dem deutschen Exportüberschuss. Hier ③ eine Übersicht aus einem Foliensatz der IG Metall, wie er regelmäßig für betriebliche Themen, Delegiertenkonferenzen usw. aus dem Vorstand der IG Metall zur Verfügung gestellt wird (Wirtschaft aktuell 02/2017, 6. April 2017, Vorstand der IG Metall).

Die Grafik ist erschreckend. Sie zeigt: Der Exportüberschuss der Bundesrepublik ist in den letzten 20 Jahren fast jedes Jahr, kontinuierlich, gestiegen. Im letzten Jahr erreichte er mehr als 250 Milliarden Euro, das sind mehr als 8 Prozent des Bruttoinlandprodukts. Kein Land auf diesem Globus, um das klar zu sagen, hat einen solchen Exportüberschuss aufzuweisen. Der US-Kongress, um ein Beispiel zu nennen, hat vor Jahren schon – lange vor Trump – einen Kriterienkatalog aufgestellt, anhand dessen eine aggressive Exportpolitik erkannt werden soll. Eines dieser Kriterien ist ein Exportüberschuss, der mehr als 3 Prozent des Bruttoinlandprodukts erreicht. Die Bundesrepublik Deutschland übertrifft dieses Kriterium um mehr als das Doppelte. Wenn der US-Kongress nicht unendliche Geduld mit seinem Nato-Verbündeten zeigen würde in dieser Angelegenheit, hätte er schon längst Strafzölle gegen deutsche Exporte verhängen können.

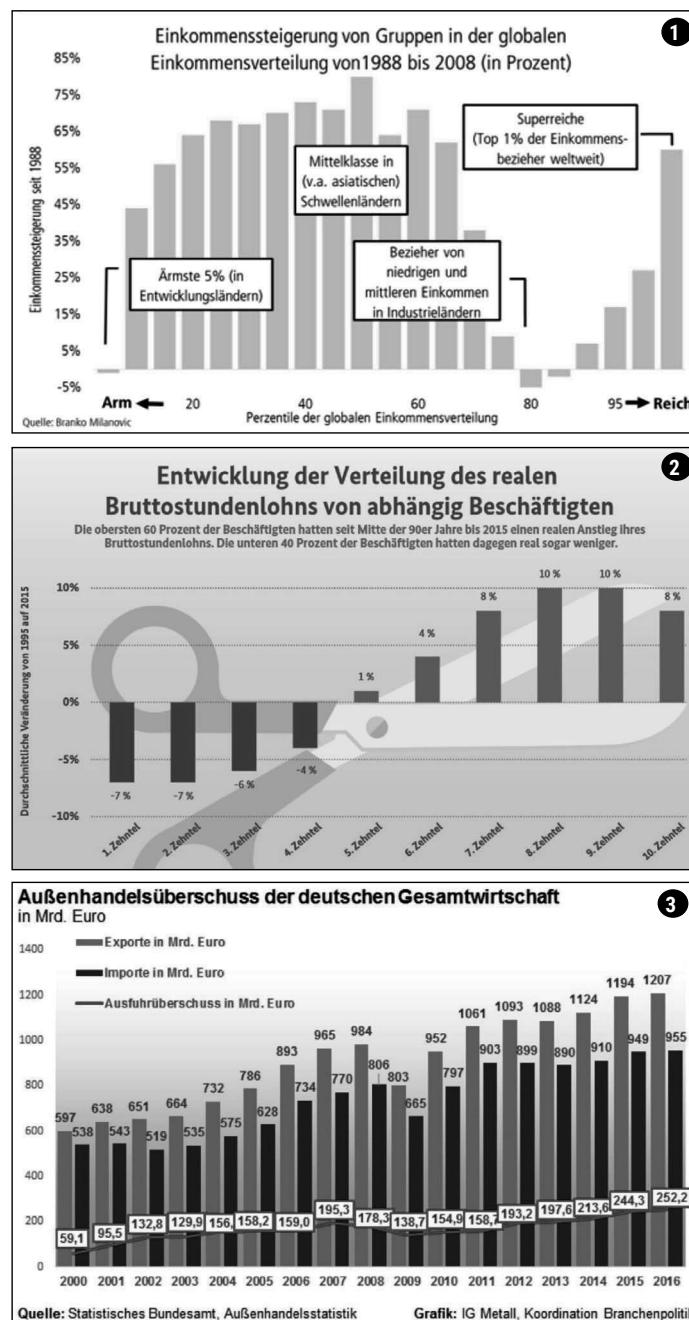
Was aber sagt der deutsche Finanzminister Schäuble? Ja, sagt er, der deutsche Exportüberschuss sei zu hoch. Aber die Bundesregierung könne dagegen leider nichts tun, die deutsche Industrie sei nun einmal so gut.

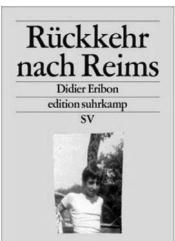
Ausgerechnet der dienstälteste Minister dieser Bundesregierung spielt hier den wirtschaftspolitischen Analphabeten. Dabei hilft ein einfacher Blick in jedes Ökonomie-Lehrbuch, was helfen könnte. Und Schäuble weiß das. Er und die Unionsparteien und die FDP wollen nur nicht. Erstens: Die Infrastruktur ausbauen. Marode Brücken und Straßen, Schulen, Kitas, Pflegeeinrichtungen, Krankenhäuser, auch die Fernmeldenetze ausbauen. Zweitens: Die Binnenkaufkraft stärken! Nichts Anderes schlagen OECD, IWF, der neue französische Präsident und viele andere vor. Heißt: höhere Sätze bei Hartz IV, Mindestlohn anheben, Rentenniveau anheben. Vielleicht auch höhere Gehälter im öffentlichen Dienst? All das senkt den Lohndruck auf die Industrie, in industrienahen Sektoren wie Transport und Logistik, stärkt die Kaufkraft im Innern, und dämpft so eine aggressive, verantwortungslose deutsche Exportweltmeisterstrategie.

Warum das nicht geschieht? Auch dafür liefert ein Blick in die Außenhandelsbilanz einen Hinweis. Deutschland ist längst ein Gläubigerland. Jahrrelange Exportüberschüsse haben dazu geführt, dass jedes Jahr Personen und Unternehmen in der Bundesrepublik mehr als 50 Milliarden Euro jährlich (!) mehr Vermögenseinkünfte aus dem Ausland beziehen als dorthin fließen. Nur mal zum Vergleich: Alle „Sparprogramme“ der Troika für Griechenland umfassten bisher nach Presseberichten „Einsparungen“ dort in Höhe von 14 Milliarden Euro. Das ist extrem viel für ein kleines Land wie Griechenland, die Halbiierung der Renten in diesem Land durch diese Programme ist ungeheuerlich. Aber: Das große und reiche Deutschland, Unternehmen wie Privatpersonen, nehmen jedes Jahr aus Auslandsvermögen fast viermal so viel überschüssige Transfereinkommen ein, wie in Griechenland in zehn Jahren an öffentlichen Ausgaben gestrichen wurden. Diese extrem luxuriöse Vermögensposition möchten die besseren Kreise dieses Landes gerne verteidigen, besser noch ausbauen. Es lebt sich doch so gut von Einkommen, für die andere arbeiten, man selbst aber nicht.

Trotzdem: Stärkung der Binnenkaufkraft ist eine Forderung der Gewerkschaften, der Linken, aller Parteien links von AfD, Union und FDP. Da sollte doch ein Konsens möglich sein.

Rüdiger. Lötzer





„Ich habe ein Buch über meine Mutter geschrieben – und jetzt soll ich Brexit, Trump und die Welt erklären“ (Didier Eribon)

„Rückkehr nach Reims“

Das autobiografische Werk „Rückkehr nach Reims“ hat in den letzten Monaten enorm viel Aufmerksamkeit gefunden. Innerhalb von nur sechs Monaten ist allein im deutschsprachigen Raum bereits die zehnte Auflage erschienen. Autor ist Didier Eribon, 1953 als Sohn einer Putzfrau und eines Hilfsarbeiters in der nordfranzösischen Kleinstadt Reims zur Welt gekommen, heute Professor für Soziologie an der Universität in Amiens. Er lehrt auch in Paris, ist Gastprofessor u. a. in Princeton und Berkeley und war Schüler von Pierre Bourdieu. Er gilt als einer der bekanntesten schwulen Intellektuellen in Frankreich, hat u.a. 1999 das Buch „Reflexion sur la question gay“ herausgebracht, was inzwischen wohl zu den klassischen Texten der LGBT-Studien zählt. Er ist hierzulande vor allem auch bekannt geworden als Autor einer Biografie über Michel Foucault, mit dem er befreundet war.

Das Buch „Rückkehr nach Reims“ ist in Frankreich bereits vor acht Jahren erschienen. Dass die Übersetzung und Veröffentlichung seiner Lebensgeschichte in die deutsche Sprache nunmehr hierzulande eine solch enorme Nachfrage ausgelöst hat, hängt wohl mit den aktuellen öffentlichen Debatten über das Zeitgeschehen in Sachen Rechtspopulismus zusammen. In den Feuilletons vieler Zeitungen und Zeitschriften der letzten Monate ist nämlich der Frage nachgegangen worden, inwieweit die Erfahrungen Eribons mit seiner Familie verallgemeinert werden können. Gemeint sind jene Erfahrungen, die besagen, dass seine Mutter, seine Brüder, überhaupt die ganze Familie inzwischen Le Pen, d.h. den Front National unterstützen und wählen, wo sie doch früher stets die Kommunisten und Sozialisten unterstützt und gewählt haben. Ist also ein Teil der Arbeiterschaft zum Front National übergelaufen und wenn ja, warum? Eigentlich ist das aber nicht die Fragestellung in Eribons Werk. Das Thema kommt zwar vor, aber eigentlich geht es in „Rückkehr nach Reims“ um andere Fragen im Lebensverlauf von Didier Eribon.

Über Jahrzehnte hin hat er sich nicht überwinden können. Erst nach dem Tod seines Vaters reist Eribon zum ersten Mal wieder in seine Heimatstadt. Gemeinsam mit seiner Mutter sehen sie sich die Familienfotos an. Das ist die Ausgangskonstellation für seine Erinnerungen:

Eribon schildert den Verlauf seiner Kindheit. Er beschreibt das Arbeitermilieu, das Umfeld, den Stolz der Menschen und wie sie sich abgrenzen gegen das Bürgertum ebenso, wie die verbreitete Homophobie in seinem Herkunfts米尔ieu und wie er mit seiner sexuellen Orientierung diesem Milieu einfach entfliehen musste und schließlich trotz aller Schwierigkeiten auch konnte. Als Erstem und Einzigem in seiner Familie war ihm der Zugang zum Gymnasium möglich. Er kämpfte gegen die Zumutungen am Gymnasium, seinen Außenseiterstatus, zeigte sich widerborstig und aggressiv. Aber das Durchhalten, die Disziplin, das Erreichen des gymnasialen Abschlusses und später auch die Gewinnung von Kontakten hinein in das Intellektuellenmilieu in Paris und damit verbunden die Eröffnung einer berufliche Perspektive schreibt Eribon interessanterweise gerade nicht individuellen kämpferischen Qualitäten oder individuellen Begabungen zu. Sein Ausweg und Aufstieg ist eher dem Zufall als einem Plan geschuldet.

Auf dem Gymnasium war es die Verbindung mit einem Klassenkameraden aus dem großbürgerlichen Milieu, der für

ihn Zugänge eröffnet und vor allem in ihm die Bereitschaft freigesetzt hat, durch „Arbeit an sich selbst“ das Notwendige zu tun, um den Bildungsaufstieg fortzusetzen. In Paris waren es die Szene oder die schwule Community, über die überraschend und völlig ungeplant sich auch jene Kontakte herstellen ließen, die das berufliche Fortkommen ermöglichten.

Vorher hatte Eribon in Paris nach seinem Studienabschluss seine Ausgangslage so beschrieben: „Der wahre Wert eines Hochschulabschlusses hängt vom sozialen Kapital ab, auf das man zurückgreifen kann, und von dem strategischen Wissen darüber, wie man einen solchen Abschluss auf dem Arbeitsmarkt einsetzt. In solchen Situationen kommt es auf die Hilfe der Familie an, auf Beziehungen, auf ein Netzwerk von Bekannten usw. (...) Soziales Kapital hatte ich allerdings kaum vorzuweisen. Genauer gesagt: Ich hatte gar keines.“

Nicht nur an dieser Stelle, sondern durchgehend stellt Eribon im Rahmen seiner Erinnerungen immer wieder Bezüge her zur soziologischen Theorie von Bourdieu. Wie und wodurch wird ein Individuum geformt? Welche Rolle spielen gesellschaftliche Verhältnisse? Über das Herkunfts米尔ieu von Eribon hinaus geht es immer auch um die Entwicklung der Klassen und ihrer gegenseitigen Abgrenzung in der französischen Gesellschaft seit den fünfziger Jahren, genauer um die Entwicklung sozialer Milieus und die Merkmale solcher Milieus, wie Bourdieu sie in seinem Werk „Die feinen Unterschiede“ 1979 beispielhaft dargelegt hatte. Auch die Sichtweise Foucaults auf das Thema, der die Gestaltungsmöglichkeiten des Individuums in der liberalen Demokratie weniger determiniert sieht als Bourdieu, scheint durch. Insoweit ist das Buch auch eine Herausforderung, nicht einfach nur Erinnerungsliteratur.

Eribon setzt sich in seinen Erinnerungen, mehr noch in einigen Interviews, heftig mit der Linken in Frankreich auseinander. Er lastet ihnen den Aufstieg der Front National seit den achtziger Jahren an. Wie seine Mutter hätte sich die abgehängte Bevölkerung auf dem Land dem Front National zugewandt, weil die Sozialisten aufgehört haben, sich um sie zu kümmern. Erst war es nur ein „Warnschuss“, wie bei seiner Mutter. Aber die Linke hat nicht reagiert. Also hat man weiter den Front National gewählt. Und Eribon geht mit seinen Vorwürfen noch weiter. Die Linken hätten in der Ära Mitterand damit begonnen, mit den Wirtschaftsbossen zusammenzuarbeiten, sich Thinktanks finanzieren zu lassen, dafür ihre Positionen aufgegeben, plötzlich über Eigenverantwortung geredet und nicht mehr über Solidarität und Klassenkampf. Als Folge davon haben sich seine Eltern, hat sich die arbeitende Bevölkerung, anderen zugewandt, die versprochen haben, sich um sie zu kümmern. Am Ende der Entwicklung wird aus „Wir Arbeiter gegen die Bourgeoisie“ nunmehr „Wir Franzosen gegen die Migranten“.

Das Buch und die Interviews Eribons enthalten keine Hinweise, wie die Linke hätte besser agieren sollen. So bleibt nur seine Erinnerung an „bessere Zeiten“, wo die unteren Schichten mit einem Stolz zunächst die Kommunisten und dann (im zweiten Wahlgang) die Sozialisten unterstützt haben, die ihnen Gewicht und Stimme gegeben haben.

Die „Rückkehr nach Reims“ ist ein aufschlussreiches Buch, herausfordernd, auch menschlich berührend. Im Sinne der soziologischen Theorien Bourdieus zeigt der Lebensweg Eribons im Übrigen anschaulich, dass die Überschreitung der Grenzen des eigenen Milieus kein Nachteil, sondern eher vorteilhaft ist und neue Erkenntnisse verspricht. Das Bemühen, sich nun wirklich alle Attribute des umgebenden eigenen Milieus zuzulegen, sozusagen sich in die Mitte des Milieus zu begeben, verspricht hingegen selten Gutes. In gewisser Hinsicht gleichen die alten sozialen Milieus den heutigen Facebook-Gruppen. Sie fungieren oft als Echoraum und zur Bestätigung eigener Sichtweisen.

Bruno Rocker

1 Rückkehr nach Reims, 2016, edition suhrkamp, Seite 187

Mindestlöhne und EGB-Mindestlohnkampagne

Entwicklungen bei den Mindestlöhnen

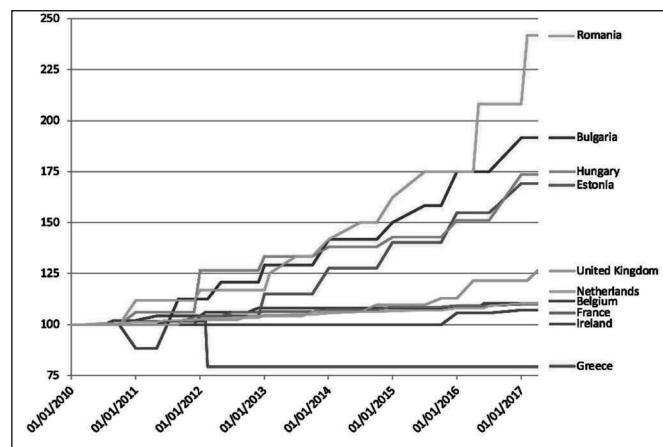
Mit Deutschland, das einen Mindestlohn 2015 eingeführt hat, haben nun 22 Länder in der Europäischen Union einen gesetzlichen Mindestlohn. Keinen gesetzlichen Mindestlohn haben Dänemark, Schweden, Österreich, Italien, Finnland und Zypern. Weltweit haben etwa 90% aller Länder einen Mindestlohn, der nicht über Tarifverträge ausgehandelt wird.

Ein Aufsatz in den Mitteilungen 2/2017 des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB befasst sich mit der Entwicklung der Mindestlöhne in der EU und vergleicht diese auch mit Entwicklungen in anderen Teilen der Welt (u. a. Türkei, Australien, Brasilien, USA). Das WSI sieht einen Trend steigender Mindestlöhne, der über mehrere Jahre anhält. Obwohl die Übergänge tendenziell fließender werden, können für Europa nach wie vor drei Gruppen bezüglich der Höhe des Mindestlohnes ausgewiesen werden.

I. Sieben Staaten in Westeuropa mit relativ hohen Löhnen zwischen 11,27 und 8,79

II. Fünf Länder mit einem Mindestlohn zwischen 3,35 Euro und 4,65

III. Zehn Länder mit Löhnen zwischen 1,42 und 2,87 Euro



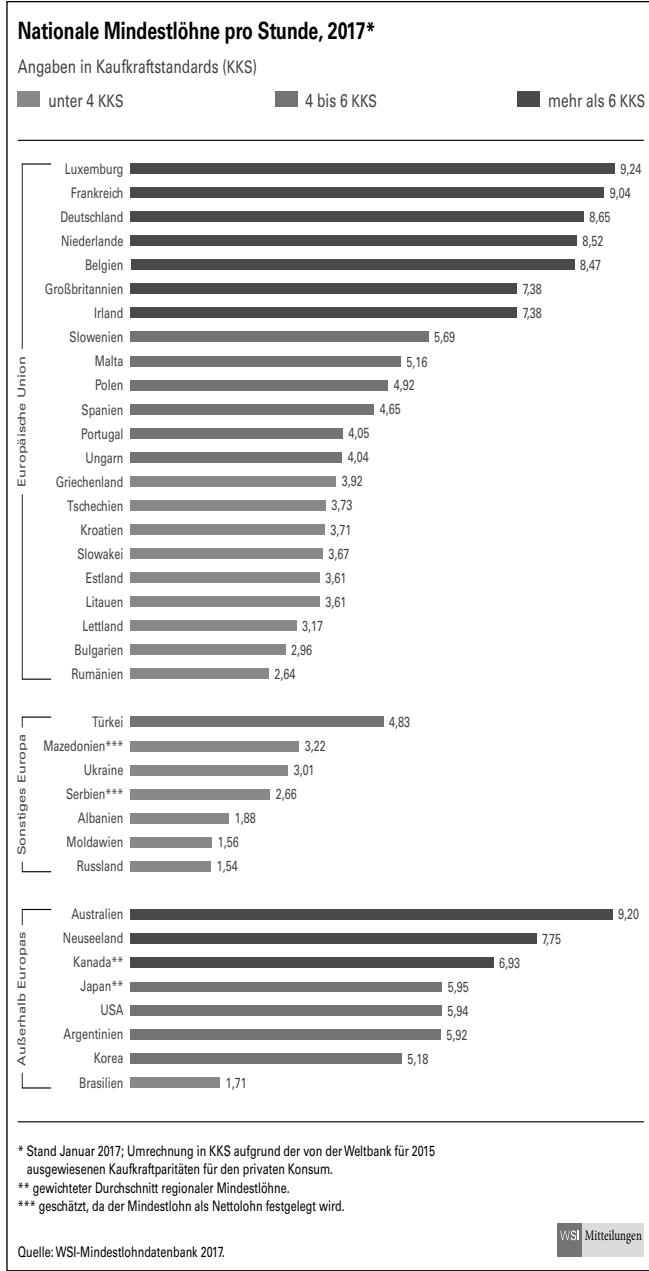
Japan, Kanada und die USA bewegen sich mit 6,55 bis 7,65 Euro deutlich unterhalb der EU-Gruppe I. Allerdings gibt es in allen drei Ländern auch regionale Mindestlöhne, die teils deutlich von den nationalen nach oben abweichen (in den USA in 29 der 50 Bundesstaaten).

Für den Bereich Europa, der im Zusammenhang mit der Debatte über Perspektiven einer gleichmäßigeren wirtschaftlichen Entwicklung in Europa besonders relevant ist, werden für die mittel- und osteuropäischen Länder starke Reallohnzuwächse ausgewiesen, die aber dennoch oft keine echte Existenzsicherung gewährleisten. Diese grundsätzliche Einschätzung wird auch durch eine kürzlich von der Stiftung zur Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen in Europa herausgegebenen Publikation zu gesetzlichen Mindestlöhnen in Europa bestätigt. Siehe hierzu auch die Graphik oben, die gerade für die mittel- und osteuropäischen Länder stärkere Steigerungsraten in für den Zeitraum 2010 bis 2017 ausweist. Bereits für den Zeitraum 2000 bis 2010 waren die Steigerungsraten bei den Mindestlöhnen in den Mittel- und osteuropäischen Ländern teils relativ stark ausgefallen und man kann wohl von einer Aufholbewegung sprechen. Von 2010 bis 2017 stiegen die Mindestlöhne inflationsbereinigt am stärksten in Bulgarien um 83,6, in Rumänien um 79,1 und in Ungarn um 50,1 Prozent, wohingegen sie in Belgien um 4,3 und in den Niederlanden um 0,7 Prozent sanken.

Der aussagekräftigere Wert sind allerdings die Kaufkraftparitäten oder Kaufkraftstandards. Hier beträgt die Differenz zwischen dem höchsten und dem niedrigsten Wert der untersuchten europäischen Länder noch 1:3,5 während sie bei den nominellen Mindestlöhnen circa 1:8 beträgt (siehe Graphik WSI Mitteilungen).

Der relative Wert der Mindestlöhne, also das Verhältnis zu der jeweiligen nationalen Lohnstruktur, wird entweder als Verhältnis zum Medianlohn oder als Verhältnis zum Durchschnittslohn beschrieben. Die Bandbreit reicht hier für die erfassten europäischen Länder von 37 Prozent in Spanien bis 62 Prozent in Frankreich, wobei sich die mittel- und osteuropäischen Länder sowohl in der Spitz (Slowenien – 60%) als auch am Ende der Skala (Estland – 41%) befinden.

Der Bericht in den WSI-Mitteilungen hält fest: „Vor dem Hintergrund der längerfristigen Entwicklungstrends hat sich innerhalb der EU die Rückkehr zu einer dynamischen Entwicklung bei den Mindestlöhnen, die bereit in den Vorjahren begonnen hatte, im Jahr 2016 noch einmal beschleunigt. Nachdem die Erhöhung der Mindestlöhne im Zuge der Krise 2008 ff. deutlich zurückgegangen war und die Mindestlöhne real EU-weit stagnierten, kam es seit 2013 wieder zu kräftigen Reallohnzuwächsen. Im Jahr 2016 lag die mittlere Erhöhung der ▶



► Mindestlöhne in der EU bei 5,0%. Angesichts der sehr niedrige Inflationsraten entsprach dies einem Reallohnzuwachs von 4,6% und damit dem höchsten Zuwachs seit dem Jahr 2000.“

Offensichtlich hat sich der gesetzliche Mindestlohn als gesellschaftlich anerkanntes Mittel etabliert, dort, wo der traditionelle gewerkschaftliche Kampf um die tarifliche Absicherung der Reproduktionsbedürfnisse der arbeitenden Klassen nicht mehr greift, bzw. für einzelne Kategorien der Lohnarbeit nicht mehr greift.

EGB-Strategie zur Erhöhung der unteren Löhne

Der EGB hat schon letztes Jahr eine Kampagne zu Lohnerhöhungen gestartet, vor allem begründet mit den üblichen Argumenten bezüglich der erwarteten makroökonomischen Wirkungen. Diese ist jetzt um eine spezielle Kampagne zur Erhöhung der Mindestlöhne ergänzt worden. Diese Kampagne, die im März beschlossen, wurde geht von einigen Grundannahmen aus:

- Mindestlöhne und Lohnerhöhungen sollen Ungleichheiten bekämpfen.
- Löhne werden als Treiber der ökonomischen Entwicklung gesehen.
- Das Prinzip der Subsidiarität wird mehrfach unterstrichen.
- Voraussetzung sind funktionierende Beziehungen zwischen den Arbeitgebern und den Gewerkschaften.

Zu Recht wird in der Kampagne Wert auf die institutionellen Arrangements zur Festsetzung der Mindestlöhne gelegt. In einer Auseinandersetzung mit den jährlich von der Kommission erstellten Länderberichten bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung bilanziert der EGB, dass die Kommission an ihrer Politik der Einmischung in die nationalen Systeme der Tarifpolitik festhält, diese heute von der Kommission allerdings anders akzentuiert wird. Bezuglich der institutionellen Arrangements wird für einige Länder (BG, LA, LT, RO, SI, CR) beschreibt die Kommission beispielsweise eine „Intransparenz“ der Mindestlohnhandlung.

Als wesentliche Gründe für Armut trotz Arbeit hält die Kommission unfreiwillige Teilzeit, prekäre Beschäftigung generell sowie zeitbefristete Jobs, die vor allem Junge, Frauen und Migranten betreffen, fest. Hier sieht der EGB einige Kurswechsel in den Länderberichten der Kommission, die dazu führen, dass die Kommission heute zu Steuerreduktion bei Geringverdienern, dem Kampf gegen prekärer Beschäftigung und Diskriminierung oder gegen Lohnungleichheit (Frauen) aufruft.

Allerdings fordert und befördert die Kommission nach wie vor die Dezentralisierung der Tarifvertragsstrukturen mit dem Fokus auf die betriebliche Ebene. Trotz eines Kommissionsberichtes zum Stand der industriellen Beziehungen in Europa, der den sozialen Dialog und funktionstüchtige Tarifsysteme als Faktoren zur besseren Krisenbewältigung beschreibt, lassen die faktischen Angriffe auf die Tarifvertragsstrukturen nicht nach.

Auch vor diesem Hintergrund hat der EGB für seine Kampagne unter anderem folgende Ziele formuliert:

- Verbreiterung der Tarifbindung
 - Vor Armut schützende Mindestlöhne
 - Besondere Anhebung der unteren Einkommensbereiche/ Lohngruppen
 - 60% des Medianlohnes oder des Durchschnittlohns
 - Unfaire Besteuerung abschaffen
 - Abschaffung der Unterschreitungsmöglichkeiten (für besondere Beschäftigengruppen)
 - Effektive Umsetzung und Durchsetzung der Mindestlöhne
- Schwierigkeiten der Kampagne werden deutlich, wenn man sich die Operationalisierung der geplanten Aktivitäten anschaut. In diesem Teil ist vieles sehr allgemein gehalten,

eigentlich ist keine wirkliche Operationalisierung vorgelegt worden, die Phasen der Kampagne, Zwischenschritte, konkrete Vorhaben, Aktionen, Publikationen sichtbar werden ließen.

Hier werden verschiedene Dilemmata in der Politik aber auch der allgemeinen Funktion des EGB deutlich. Ein erstes betrifft die Tarifkoordinierung. Die Tariffähigkeit bleibt gewissermaßen das Herzstück der einzelnen Gewerkschaften, und zwar nicht nur als Instrument zur allgemeinen und permanenten Anhebung von Löhnen, sondern auch als Mittel des Deals z. B. in Krisensituationen. Hieran scheitern eine Delegation auf die europäische Ebene und die konkreten Versuche einer (zentralen) Tarifkoordinierung immer wieder.

Ein zweites Dilemma betrifft das Verständnis der eigenen Rolle und Funktion. An verschiedenen Stellen wird das Prinzip der Subsidiarität unterstrichen, meist als Abgrenzung zur Europäischen Kommission und ihrer Politik, vor allem der Einmischung in die Arbeitsbeziehungen und konkret die Tarifpolitik. Auf der anderen Seite operiert das Papier zur EGB-Kampagne an mehreren Stellen mit der Forderung, die Kommission solle Sozialpartnerbeziehungen und Tarifstrukturen in den Mitgliedsstaaten fördern und gewährleisten.

Und ein weiteres Dilemma liegt gewissermaßen im Politikverständnis der Organisation. Trotz Anerkennung der Tarifautonomie und einer klaren Kritik an der Kommission und ihren Einmischungen in die nationalen Tarifvertragsstrukturen und Tarifstandards geriert sich der EGB hier und da als kleine Europäische Kommission, der die nationalen Gewerkschaften berichtspflichtig sind und die dann die nötigen Schlüsse für das weitere Vorgehen zieht.

Die Kampagne des EGB greift in die gesellschaftliche verankerte Debatte um den Wert der Ware Arbeitskraft am unteren Ende der Tätigkeiten ein. Es ist eine Kampagne, von der viele betroffen sind und die auf die Verteilung an der Quelle fokussiert, da sie nicht einfach auf gesetzliche Mindestlöhne fokussiert, sondern als erstes Ziel der Kampagne eine Verbreitung der Tarifbindung formuliert.

Bezüge

Die Kampagne des EGB zu höheren Löhnen und nun zu Mindestlöhnen ist gewissermaßen auch ein Beitrag zur Diskussion der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa und den kritisierten Ungleichgewichten in den Austauschbeziehungen zwischen den Ländern.

Neben der Kritik an den starken und anhaltenden Exportüberschüssen der deutschen Exportindustrien verweisen europäische Gewerkschafter immer wieder auf den enormen Zuwachs prekärer Beschäftigung in der Bundesrepublik hin. Diese Kritik an einem augenscheinlichen Verfall des Werts der Ware Arbeitskraft verweist auf einer zweiten Ebene auch auf die Ausdifferenzierung des Gesamtarbeitskörpers. (Siehe zur vertieften Diskussion auch: <http://www.linkekritik.de/uploads/media/2006-07pb.pdf>)

Die Differenzierung der Teilarbeiten in den gesellschaftlichen Arbeitsvollzügen und der betrieblichen Produktion führen auch zu Ausdifferenzierungen in Lebensweise und Anspruchsbildung. Dies betrifft nicht nur die Vorstellung vom guten Leben, die sich in der Ausbildung von unterschiedlichen kulturellen Milieus manifestiert, sondern z. B. auch in den zu erwerbenden Bildungsgütern, die den jeweiligen Funktionen in Arbeitsprozessen und ihrer Anforderungsstruktur an die Beschäftigten entsprechen. Die Verfestigung der Hierarchien der Arbeitsteilung in den Produktionsprozessen wirkt auch als ein Moment der Wertschätzung und Anerkennung in der Gesellschaft. Als Folge zementiert dies unter anderem auch Niedriglohnbereiche, in denen die Lohnhöhe kaum noch zu angemessener Reproduktion ausreicht und schon gar nicht zum Erwerb von Bildungsgütern, die Fortentwicklung er-

lauben. Abgehängt wurde in diesem Entwicklungsprozess in der Bundesrepublik vor allem die als einfach qualifizierte Handarbeit. Daher dürfte nicht ausschließlich der Tatbestand schwacher gewerkschaftlicher Vertretung der Grund für die Etablierung eines breiten Niedriglohnsektors in der Bundesrepublik verantwortlich sein, sondern die gestaffelte Anforderungsstruktur in den gesellschaftlichen Arbeitsvollzügen, die für Teilbereiche des Arbeitskörpers nur geringes Bildungskapital erfordert und eine individuelle Entwicklung eigentlich nicht vorsieht.

Die Diskussion um einen gesetzlichen Mindestlohn findet hier als gesellschaftliche Debatte sozusagen um den Mindest-

Quellen: WSI Mitteilungen 2/2017, EUROFOUND:<https://www.eurofound.europa.eu/observatories/eurwork/articles/statutory-minimum-wages-in-the-eu-2017>

Für eine progressive Industriepolitik in der EU

Seit mehreren Jahren arbeitet das Europabüro der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Brüssel zum Thema einer progressiven Industriepolitik (PIP) in der EU. Warum machen wir das, und was bedeutet „progressiv“ in diesem Zusammenhang? Ist es in Zeiten industrieller Umweltzerstörung und Klimawandel überhaupt legitim, sich mit progressiver Industriepolitik zu befassen? Unsere Antwort lautet ganz klar ja! Eine wirkliche progressive Industriepolitik muss notwendigerweise ein Pfeiler jeder zukünftigen nachhaltigen Gesellschaft sein. Progressiv bedeutet für uns zuerst einmal: demokratisch. Wir wollen daran arbeiten, dass sich die Menschen in Europa die Realwirtschaft wieder aneignen können. Wir wollen eine Demokratisierung der Wirtschaft, nicht nur in den Betrieben mit einer stärkeren Mitbestimmung, sondern wir wollen eine demokratische Planung der Wirtschaft. Wir leben längst in Zeiten der Post-Demokratie, in denen die politischen Institutionen unserer politischen Systeme immer weiter ausgehöhlt werden, weil die wirklichen Entscheidungen wo ganz anders getroffen werden, eben in der Wirtschaft. Deswegen muss diese verstärkt dem demokratischen Willen der Menschen unterworfen werden. Progressiv bedeutet aber natürlich auch den sozio-ökologischen Umbau unserer Industrien. Weiterhin muss der Genderaspekt in einer PIP stark gemacht werden. Das bedeutet zum einen, dass nicht nur die Bereiche mit weißen männlichen Arbeitnehmern gestützt und gefördert werden müssen, sondern wir auch diejenigen Wirtschaftssektoren beachten müssen, in denen tendenziell eher weibliche Arbeitskräfte arbeiten. Hier wären Analysen und Konzepte wichtig für das Zusammenwirken zwischen Industrie und Care-Economy, aber auch der Frage wie ausgegründete Dienstleister, die mal zum industriellen Sektor gehörten, nun funktionieren und die Rechte der Arbeiter*innen behandeln. Weiterhin geht es hierbei um Fragen von Geschlechterrollen, die durch Arbeit rekonstruiert werden.

Den Anfang unserer Arbeit bildete eine Zusammenarbeit von linken Wissenschaftlern und Politikern aus Deutschland und Griechenland, aber schnell wurde klar, dass wir keine Ideen für eine Re-Industrialisierung Griechenlands entwickeln können, ohne die ganze Bandbreite der Herausforderung einer progressiven Industriepolitik für die ganze EU zu verstehen. So unternahmen wir es im nächsten Schritt, Länderberichte anfertigen zu lassen über neun verschiedene Unionstaaten der EU. Das war, wenn man so sagen will, ein heilsamer Schock für uns. Denn wir mussten erkennen, dass wir mit der EU nicht nur einen nicht gerade perfekt geeigneten Rechtsrahmen besaßen für eine PIP, sondern, dass die Bandbreite der Wirtschaften von den südwestdeutschen Industriezentren bis zu einer Wirtschaft wie Bulgarien reicht, die man nicht mal als

wert der Ware Arbeitskraft statt. Von vielen Gewerkschaften in Europa lange mit dem Hinweis abgelehnt, Fragen der Lohnhöhe seien tariflich auszugestalten, als Verteilung an der Quelle, wird der gesetzliche Mindestlohn heute allgemein unterstützt. Die Kampagne des EGB hat dies aufgenommen und die Länder (vor allem in Skandinavien), die weiterhin daran festhalten, Mindestlöhne nur tariflich zu regeln, können mit dem Ansatz der Kampagne (tariflich oder gesetzlich) gut leben.

Die Kampagne des EGB kann auch als ein Beitrag zu einer europaweiten Normendebatte darum gesehen werden, wie Menschen mindestens leben sollten. Bei möglicher Kritik im Detail, ein sehr unterstützender Beitrag. *Rolf Gehring*

verlängerte Werkbank westeuropäischer Wertschöpfungsketten bezeichnen kann.

Viel mehr industriepolitischen Spielraum aus erwartet

Was also tun bei einer so unglaublichen Heterogenität der Produktionsformen, wo soll man da anpacken? In den Diskussionen stießen wir immer wieder auf die Frage: „Was dürfen linke politische Akteure eigentlich in der heutigen EU überhaupt machen, um ihren Wirtschaften zu helfen?“ Mario Pianta von der Universität in Urbino, ganz klar der führende Wissenschaftler in Europa wenn es um die Frage einer Industriepolitik von links geht, willigte ein, und wurde der Hauptautor der Studie: „Industriepolitik in Europa. Welchen Spielraum bietet der aktuelle Rechtsrahmen der EU für eine progressive Industriepolitik?“ Diese Studie wiederum kann der Linken in Europa nur Mut machen. Klar ist der Lissabon-Vertrag keine vernünftige Verfassung, die eine nachhaltige Entwicklung zugunsten der Massen ermöglicht. Deswegen hat Martin Schirdewan, Leiter des RLS-Büros in Brüssel, auch ein neues Projekt initiiert („Mehr Demokratie bei der wirtschaftspolitischen Steuerung in Europa“), bei dem wir untersuchen, wie der Lissabon-Vertrag umgeschrieben werden müsste, damit er, ähnlich dem Vorbild des deutschen Grundgesetzes, eine ökonomisch neutrale Grundlage für die Wirtschaftsordnung bietet, und nicht wie gegenwärtig den Neoliberalismus in die Verfassung eingeschrieben enthält. Nichts desto trotz zeigt die Studie von Pianta, dass Regierungen in den EU-Mitgliedsstaaten einen recht breiten Spielraum haben, wenn es um den Aufbau neuer produktiver Strukturen geht. Eine weitere wichtige Erkenntnis ist, dass staatliche Entwicklungsbanken, wie die KfW, sehr weitgehende Möglichkeiten haben die Wirtschaft stark zu fördern. Da diese Banken außerhalb der unsäglichen Maastricht-Kriterien (3% Neuverschuldung und 60% Schuldenstand) stehen, können sie frei agieren. Sie können auch in die Vorstände der von ihnen geförderten Unternehmen gehen und dort aktiv mitgestalten. Darüber hinaus gibt es nach den EuGH-Rechtssprüchen Altmark und Teckal Möglichkeiten der Eigenherstellung durch Staaten in viel größerem Ausmaß als von der Öffentlichkeit wahrgenommen.

Austerität, nicht fehlende Wettbewerbsfähigkeit

Wichtig für die gesamte weitere Diskussion ist die Erkenntnis, dass der Absturz der Staaten in Südeuropa bei weitem nicht nur ihrer angeblich fehlenden Wettbewerbsfähigkeit geschuldet ist. Sie ist in ihrem dramatischen Ausmaß Ergebnis der deutschen Obsession mit Austeritätspolitik geschuldet. Wo ist der Wettbewerb für eine Wirtschaft am höchsten? Wenn sie exportiert, und genau im Außenhandel sind Spanien, Italien ►

► und Portugal schon recht kurz nach der Krise wieder gut gewesen! Wo die Nachfrage richtig abschmiert, ist hingegen jeweils in ihren eigenen Märkten. Es ist also schlicht falsch, wenn der Jurist Schäuble etwas von fehlender Wettbewerbsfähigkeit als einzigm Problem Südeuropas erzählt. Festzuhalten ist, dass das Ende der Austerität, das nur durch einen Regierungswechsel in Deutschland eingeläutet werden kann, ein sine-qua-non für jede wirtschaftliche Erholung der EU ist.

Anfang April 2017 haben das Brüsseler und das Madrider RLS-Büro in Madrid ein Seminar organisiert, bei dem sich progressive Akteure aus den südlichen Ländern der EU über gemeinsame Herausforderungen und Strategien unterhalten konnten. Hier sind drei wichtige Erkenntnisse zu nennen. Zum einen ist die Heterogenität der Regionen in den einzelnen Ländern so groß wie zwischen den Staaten, ein Rückzug auf den Nationalstaat würde also kaum helfen. Aber zum einen hatten wir einen führenden Vertreter der norditalienischen Region Emilia-Romagna dort, der zeigte, dass diese Region alle nötigen institutionellen Voraussetzungen hat, um eine hochwertige und erfolgreiche Industriepolitik zu betreiben. Andererseits waren wir ja in Madrid, das hingegen weitgehend de-industrialisiert ist, und höchsten über einen ausgebauten Logistiksektor verfügt. Vertreter von lokalen linken Bündnissen erzählten, dass sie nur über die öffentlichen Vergaben, die 20% des BSP der Region Madrid ausmachen, Einfluss auf die Gestaltung der Wirtschaft nehmen können. Die Frage nach einer spanischen Industriepolitik wurde abgewunken. Die Unternehmer seien keine aktiven Gestalter, sie würden ihre Wirtschaft eher als eine subalterne Wirtschaft gegenüber dem Zentrum in Europa wahrnehmen, und schlicht und einfach auf neue Entwicklungen warten, an die sie sich dann passiv anpassen würden, so gut es ginge – aktive Industriepolitik wäre den politischen und wirtschaftlichen Eliten in Spanien fremd.

Industrie 4.0 und der Süden Europas

Ähnlich dramatisch verhält es sich bei der gesamten in der BRD so beliebten Diskussion über „Industrie 4.0“. Studien aus Italien zeigen, dass nur 2% der italienischen Unternehmen in der Lage sind bei diesem Entwicklungssprung des Kapitalismus teilzunehmen. Die Struktur des historisch gewachsenen italienischen Kapitalismus ist nicht dafür geeignet diese Entwicklung von Deutschland zu übernehmen. Dies birgt natürlich enorme Herausforderungen für den peripheren südlichen Kapitalismus: erstens dringen von Deutschland geführte Wertschöpfungsketten im Zuge der Digitalisierung immer stärker in die Peripherie vor, so z.B. ganz prominent nach Norditalien, wo deutsche Unternehmen in den letzten Jahren richtig auf „Shopping-Tour“ gehen. Zweitens bildet die Übernahme des deutschen Entwicklungsmodeles keine Hilfe, und drittens fehlt den Staaten der Peripherie oftmals ganz gravierend die Kapazitäten (auch einfach das Humankapital) für eigenständige Planungen.

Industriepolitik benötigt einen Klassenkompromiss mit Schumpeter'schen Unternehmern

Die letzte spannende Erkenntnis kam bei der Diskussion des griechischen Entwicklungsmodells der letzten Jahre. Syriza, die sich ja seit zwei Jahren redlich müht die Realwirtschaft in Griechenland wieder aufzubauen, sieht sich einer zweifachen Übermacht gegenübergestellt. Auf der einen Seite steht natürlich die ganze neoliberalen Phalanx von IWF, Kommission, Schäuble etc., die das Land ausbluten lassen wollen, auch um den Europäern einzubläuen ja nie wieder eine linke Regierung zu wählen. Dieser Gegner einer wirtschaftlichen Entwicklung ist leider hinlänglich bekannt. Ein anderer Opponent war aber neu in der Diskussion: das sind die griechischen Unternehmer selber. Nach der Diskussion muss man sich fragen, ob man

überhaupt von einer nationalen Kapitalistenklasse sprechen darf. Es gibt ja in der VWL zwei Arten von gesellschaftlich produziertem Surplus: den Profit und die Rente. Während Profit im Wettbewerb akkumuliert wird, wird Rente auf Märkten erworben, die nicht dem Wettbewerb ausgesetzt sind. Die Unternehmer in Griechenland haben bisher alle Pläne untergraben eine nationale Industriepolitik zu entwickeln. Was letztlich dazu benötigt wird, ist ein Klassenkompromiss zwischen Arbeit und Kapital, vermittelt über den Staat. Historisch war es immer so, dass die Unternehmer Auflagen erfüllen mussten, sie also nicht mehr so einfach vor sich hin produzieren konnten. Sie wurde in Pläne eingebunden, zwar gefördert aber eben auch gefordert. Nach einer Übergangszeit wurden sie einem strengerem Wettbewerb, gerade auch international, ausgesetzt. All das war und ist den griechischen Unternehmern zu stressig. Sie haben ein anderes Modell entwickelt: sie nehmen die Gesellschaft als Geisel. Da jede moderne Gesellschaft Arbeitsplätze in Industrie und Dienstleistungssektor braucht, zwingen die Unternehmer den Staat dazu, sie zu subventionieren, sie am Leben zu erhalten, denn Produkte und Arbeitsplätze werden ja benötigt. Und da sie sich kollektiv einer wirtschaftlichen Entwicklung zu höherer Produktivität entziehen, sie also nicht wettbewerbsfähig sind, die Gesellschaft sie nichts desto trotz benötigt, werden sie eben am Leben erhalten. Was wir hier also in Griechenland vorfinden ist ein „Kapitalismus ohne Kapitalisten“. Hier kann Industriepolitik gar nicht „loslegen“, denn dieser Politik fehlen die Akteure, die Mitspieler. Was Syriza also nun versucht, ist alternative Akteure aufzubauen und zwar über die „Soziale und Solidarische Ökonomie“ (social and solidarity economy). Genossenschaften, Kooperativen und Banken aus diesen Sektoren werden von Gemeinden, die von Syriza regiert werden z.B. unterstützt, das Ministerium für Arbeit und Soziales ist gerade dabei diese Anstrengungen national zu koordinieren.

Austerität, Akteure und Planung

Was wir also bisher festhalten können ist folgendes, erstens: Wer aber vom Ende der Austerität nicht reden will, sollte auch von Industriepolitik und wirtschaftlicher Erholung schweigen (in Anlehnung an Horkheimer). Zweitens müssen wir uns fragen: Wer sind eigentlich die Akteure für eine echte progressive Industriepolitik? Welche Rolle wollen Gewerkschaften spielen, die in den 1970er und 80er Jahren stark zu Themen wie Branchenräte und Wirtschaftsdemokratie arbeiteten? Sie müssen sich fragen, warum sie diese Themen fallen haben lassen, und wie sie sich auf die kommende Transformationen des Kapitalismus einstellen wollen. Wie steht es aber auch um Akteure der „Sozialen und Solidarischen Ökonomie“, also Genossenschaften, Kooperativen, besetzten Unternehmen etc.? Wollen diese nur defensives Mittel der Verteidigung gegen Anschläge des Finanzkapitalismus sein oder wollen sie aktive Elemente der Gestaltung sein? Welche Rolle sollen eigentlich in unseren Vorstellungen staatliche und kommunale Unternehmen spielen? Und last not least: wie halten wir Linke es mit dem Begriff der Planung? Diese Idee hat sich ja im Moment selbst aus den radikalsten Ecken der europäischen Linken verabschiedet. Wenn wir aber vermuten, dass es der anarchische Markt alleine nicht leisten kann, wer dann? Dann können doch nur wir Menschen in Europa in solidarischer Weise über unser Leben entscheiden, indem wir die gemeinsame Diskussion suchen und so darüber entscheiden was wir wie wo und wozu überhaupt produzieren wollen. Wie wollen wir das aber organisieren? Es gibt also noch einiges zu tun, zunächst aber wohl vor allem Lust darauf sich zu überlegen, ob wir die Industrie alleine „denen da oben“ überlassen wollen, oder ob wir nicht selber uns diesen Produktionskräften bemächtigen wollen.

Roland Kulke